

An den  
Ministerpräsidenten  
des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Peter Harry Carstensen  
- Staatskanzlei -  
Düsternbrooker Weg 104  
24105 Kiel

## Schließung des Studiengangs Medizin an der Universität zu Lübeck

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

nach vielen Gesprächen mit Kollegen anderer Universitäten ist das Unverständnis über die Nachrichten gestiegen, denen zufolge die Landesregierung Schleswig-Holsteins die Schließung des Studiengangs Medizin an der Universität zu Lübeck plant. Erstens sind die Leistungsdaten der Universität zu Lübeck gerade im Vergleich zur Universität Kiel, wie Sie wissen, hervorragend. Zweitens steht u. a. das Institut, für das ich verantwortlich bin, das Institut für Epidemiologie und Sozialmedizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald, in einer seit den 90er Jahren bestehenden engen und sehr fruchtbaren wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität zu Lübeck. Wir haben durch diese sehr fruchtbare Kooperation über die vielen Jahre große wissenschaftliche Erfolge sowohl national als auch international zu verzeichnen. Auch für die Gesundheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie der Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind aus diesen Forschungen große Nutzen hervorgegangen. Wir betreiben insbesondere für das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung ebenso wie für die medizinische Versorgung und die Rehabilitation relevante Forschung zur Prävention verbreiteter Krankheiten. Diese Forschung hat für die Erhöhung der Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung und den medizinischen Fortschritt insgesamt erhebliche Bedeutung. Darüber hinaus darf ich sagen, dass die Medizinische Fakultät der Universität Greifswald viele weitere fruchtbare Kooperationen mit der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck unterhält. Ihre Schließungsinitiative läuft nicht nur dem Trend zuwider, die Forschung generell in Deutschland zu stärken, sondern sie schädigt aus meiner Erfahrung auch die wissenschaftliche Produktivität des Bundeslandes Schleswig-Holstein.

Ich verstehe, dass Schleswig-Holstein vor großen Sparzwängen steht, bitte Sie aber Wege zu finden, die der Forschung sowie der Reputation Schleswig-Holsteins nicht schaden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. U. John